

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

März 03/2008

Umstrittenes Mahnmal - nun Dokumentationsstätte?

Was Conrad Taler am Abend des 30. Januar in der Veranstaltung von VVN-BdA, Gewerkschaftsjugend und Bremer Friedensforum unter dem Titel "Das Geheimnis der fünften Kolonne" den Anwesenden im Gewerkschaftshaus vortrug, das war außerordentlich eindrucksvoll. Es ging um den ursächlichen Zusammenhang von Krieg und Vertreibung am Beispiel der Sudetendeutschen und wie damit in der Bundesrepublik in Vergangenheit und Gegenwart umgegangen wurde und wird.

Der Referent belegte anhand von Dokumenten, welch schlimme Rolle die Sudetendeutsche Partei in der Vorbereitung und Durchführung der völkerrechtswidrigen Besetzung tschechoslowakischen Territoriums 1938/39 spielte und dass der überwiegende Teil der Sudetendeutschen die Zerstörung der demokratischen Ordnung und die Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft über die tschechische Bevölkerung bejubelte. Nahezu 90 % der 3,5 Millionen Sudetendeutschen waren faktisch aktive Helfer des Hitler-Regimes. 500.000 von ihnen traten im Laufe weniger Monate nach dem Einmarsch der Wehrmacht der NSDAP bei. Diese Rolle der Sudetendeutschen (als 5. Kolonne Hitlers) führte nach 1945 zu deren - auch von den Siegermächten getragenen - Aussiedlung/Vertreibung nach Deutschland.

Schon bald nach 1945 begannen die Vertriebenen im Bunde mit den rechtskonservativen Kräften um Adenauer die Ursachen der Vertreibung zu verdrängen. Die Sudetendeutschen wurden als Opfer und die Tschechen als die bösen Vertreiber dargestellt. Vertriebenenverbände nannten die Aussiedlung völkerrechtswidrig und forderten "Recht auf Rückkehr" und Entschädigung. Kein Wort dazu, dass die Sudetendeutschen mitschuldig waren an den 150.000 von den Nazis ermordeten und ebenso vielen ins Exil getriebenen Tschechen. Seit Jahren fordert der Bund der Vertriebenen ein Mahnmal in Berlin. Es soll an das "grausame Schicksal" seiner Klientel erinnern. In ihrer Argumentation vergleicht Frau Steinbach, die Präsidentin des BdV, dabei das, was den Vertriebenen geschah, sogar mit der Ermordung von sechs Millionen jüdischen Menschen. Sozusagen: 'die bekamen ja auch ein Mahnmal in Berlin'.

Nun soll es also kein solches Mahnmal geben wohl aber eine "Dokumentationsstätte für Vertriebene... als ein sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung". Der Herr Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat dafür anscheinend sogar die bisher hartnäckig ablehnende Position der polnischen Seite etwas lockern können. Und die Frau Steinbach scheint auch zufrieden zu sein. - Ich befürchte, hier wird - unter dem Druck rechtsextremer Kräfte - ein fauler Kompromiss angestrebt. Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte sollten - wenn diese Stätte nicht zu verhindern ist - versuchen Einfluss auf ihren Inhalt nehmen. D.h. dass darin insbesondere die Ursachen von Faschismus, Krieg und Vertreibung dokumentiert und dazu Aussagen und Berichte von tschechischen und sudetendeutschen Antifaschisten zu den damaligen Geschehnissen zum wesentlichen Inhalt dieser Stätte werden.

Herbert Breidbach

Auch die zweite Tafel gestohlen

Am 09. Februar wurde in den Neustadt-Anlagen an der Neustadtscontrescarpe/Ecke Hermannstraße auch die zweite Gedenktafel gestohlen. Sie war für die am Pfingstsonntag 1943 durch eine Luftmine gestorbenen Bewohner der Neustadt errichtet worden. Bereits zum Jahreswechsel wurde die Tafel zu Ehren der 400 deportierten Juden der Neustadt entwendet.
In beiden Fällen waren es Metalldiebe. Es ist auf jeden Fall ungeheuerlich, dass selbst vor der Demontage und Zerstörung von Gedenktafeln nicht zurückgeschreckt wird.

Landesmitgliederkonferenz

Am 09.02.2008 fand in unseren Räumen Am Speicher XI/9 die LMK statt. Nach der Eröffnung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt. Dann gedachten wir mit einer Schweigeminute der in den letzten zwei Jahren verstorbenen Mitglieder.
Heinrich Fink hielt dann einen Vortrag "Schlussfolgerungen zur No·NPD Kampagne". Sie hat fast die doppelte Anzahl an Unterschriften erzielt wie erwartet. Verstärkt versucht die NPD Gedenkfahrten in ihrem faschistischen Sinne zu gestalten, z.B. am 13. Februar in Dresden, Halbe und Torgau. Der Artikel 139 des GG soll voll vergessen gemacht werden. Straßen sollen nach Kriegverbrechern und Mördern wie Waldemar Pabst benannt werden, um den antifaschistischen Widerstand vergessen zu machen. Versuche der NPD in die Parlamente und auf den Straßen einzudringen. Jetzt sollen die Totalitarismusthesen aus den 50er Jahren an den Gedenkstätten verpflichtend gemacht und auch das Geld dafür umgeleitet werden. Das erfordert weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit. Mit Bremen verbindet Heinrich Fink Willy Hundertmark und die Lidiceinitiative.

Dann folgte ein Grußwort von Michael Lassowski (Landesvorstand der LINKEN), in dem er die Meinung vertrat, dass jeder Linke eigentlich in die VVN-BdA gehörte und die VVN-BdA sich breite Anerkennung erworben hat.

Raimund gestaltete seinen Bericht über die Arbeit der VVN-BdA mit Bildern über Aktivitäten aus den Jahren 2006 und 2007.

Zu Regines Kassenbericht gab es von Seiten der Revisoren keine Beanstandungen.

Nach der Entlastung des Vorstandes und der Kassiererin folgte die Neuwahl.
Zum 1. Vorsitzenden wurde Raimund Gaebelein, zur Stellvertreterin Marion Bonk und zur Kassiererin Regine Albrecht gewählt.

Da es keine weiteren Anträge und Beschlüsse gab, endete die Konferenz mit einem kurzen Schlusswort unseres Vorsitzenden.

Marion Bonk

Außer Kontrolle - Out Of Control

Der bundesdeutsche Staat entwickelt zur Unterdrückung gesellschaftlicher Proteste unterschiedliche Strategien, doch glücklicherweise gelingt es immer wieder Gegenstrategien auszuarbeiten, um Protest gegen kapitalistische Missstände und Unterdrückung wirksamen Ausdruck zu verleihen zu können. Eines dieser Konzepte nennt sich "Out Of Control" und wurde am 15.12.2007 in Hamburg bei einer Demonstration gegen Sicherheitswahn und Überwachungsstaat "ausprobiert".

Doch bevor ich über das "Out Of Control"-Konzept und über meine Erfahrung in Hamburg berichte, muss kurz auf die Ausgangslage dargestellt werden. Bei Großdemonstrationen gegen die kapitalistische Ausbeutung der Erde und ihrer Bewohner verwendet der Staatsapparat in letzter Zeit folgende Taktiken um die Botschaften der Demonstranten möglichst wirkungslos verpuffen zu lassen. Einerseits werden Demonstrationsrouten durch solche Straßenzüge vorgeschrieben, in denen kaum Menschen wohnen oder sich aus anderen Gründen aufhalten. Andererseits wird die Taktik des "Wanderkessels" angewendet. Hierbei umschließt die Polizei durch einen oder mehrere Kordons den Demonstrationszug und isoliert ihn von der Umgebung. Dadurch, werden Demonstranten daran gehindert die Demo kurz zu verlassen, um Passanten über ihre Ziele aufzuklären, Außenstehende daran gehindert sich der Demo anzuschließen oder auch durch einen Blick auf die Transparente sich darüber zu informieren, um was es bei der Demo eigentlich geht. Außerdem verzögern die Polizeikräfte in der Regel den einigermaßen pünktlichen Start und den Weitermarsch, in dem sie aus vorgeschobenen Gründen die Demozug immer wieder anhalten lassen. Dieses Konzept haben Polizeikräfte letztes Jahr mindestens auf dem EU-ASEAN-Treffen in Hamburg, dem EU- Außenminister-Treffen in Bremen angewandt.

Hier setzt das "Out Of Control"-Konzept an. Anstatt nun sämtliche Aktivisten in die eingekesselte Demo zu schicken, werden um die Demonstration herum, aber außerhalb des Polizeikessels, Nebenkundgebungen und Demonstrationszüge gestartet. In Hamburg sah dies so aus, dass die Teilnehmer solcher Kundgebungen sich meist an Orten mit viel Publikumsverkehr trafen. Dort skandierten die Aktivisten Demoparolen und versuchten bei der Bevölkerung Unterstützung zu finden. Leider waren Flugblätter, Transparente und ähnliches dort immer recht selten, so dass es an ausführlicheren Informationen über die Ziele für Passanten fehlte. Die Polizei versuchte den aufkeimenden Protest zwar zu unterdrücken, doch dies scheiterte häufig daran, dass Demonstranten und Nichtdemonstranten für sie nicht unterscheidbar waren, da es an äußeren Kennzeichen bei den Demonstranten fehlte. Wird an einem Ort der Repressionsdruck zu groß, dann wird ein neuer Treffpunkt und -termin vereinbart. Dorthin gelangten die Aktivisten normalerweise in unauffälligen kleinen Gruppen. In Hamburg gelang es uns sogar, eine größere Wegstrecke unbeobachtet als größere Gruppe zurückzulegen. Am neuen Treffpunkt wiederholten sich dann die Kundgebungen.

Meines Erachtens hat sich das "Out Of Control"-Konzept bewährt. Die Polizeitaktik Protest unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen wurde erfolgreich unterlaufen. Auch wenn mehr Informationen für Passanten an den Kundgebungsorten notwendig gewesen wären. Dem Demonstranten verlangt "Out Of Control" einiges ab. Laufbereitschaft und -fähigkeit, Kontakte um sich Informationen zu beschaffen und Ortskenntnis bzw. einen Stadtplan. Glücklicherweise wurde ich von Leuten begleitet, die sowohl die notwendigen Informationen beschafften, als auch Ortskenntnis hatten.

Noch ein Wort zur jüngsten Entscheidung des Bundesgerichtshofes, welche die Durchsuchungen, Verhaftungen und sonstigen Maßnahmen, die bereits im Vorfeld des G8-Treffens gegen Organisatoren des Widerstands gegen diesen Gipfel stattfanden, für rechtswidrig erklärte. Es ist begrüßenswert, dass immer noch Richter und Richterinnen offensichtliches Unrecht nachträglich so bezeichnen. Allerdings neigen in den letzten Jahren die politischen Funktionsträger und die Entscheidungsträger im staatlichen Repressionsapparat vermehrt dazu richterliche Entscheidungen, welche staatliche Eingriffe in die Rechte der Menschen aufheben, zu ignorieren. Den Widerstand auf die Straße zu tragen bleibt daher immer erforderlich.

Erika Klantz

Kritik am Artikel "Außer Kontrolle"

Gegen die Veröffentlichung des, unter diesem Titel erschienenen Artikels in unserer Kleinzeitung BAF, habe ich im Redaktionskollektiv Einspruch erhoben. Warum ?

Im Artikel wird, ausgehend von einer antifaschistischen Protestdemo in Hamburg, ausführlich beschrieben, wie die Auflagen und Maßnahmen der Polizei zur Abschirmung einer NPD-Demo "unterlaufen" werden können. Sozusagen eine Strategie um die Polizei auszutricksen und die neonazistische NPD-Demo doch mit Gewalt zu verhindern. Meiner Meinung nach lenkt diese Strategie von den Kräften ab, die dafür die Verantwortung tragen, dass die NPD und ihr Anhang überhaupt demonstrieren können und dafür auch noch Polizeischutz erhalten. Das sind die Politiker in Parteien, Parlamenten und Regierungen, die sich konstant weigern, ein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD und andere neofaschistische Organisationen einzuleiten.

Sie sind es doch, die - absichtlich oder aus politischer Blindheit sei dahin gestellt - objektiv den erklärten Feinden der demokratischen Ordnung der BRD die Legalität erhalten. Sie sind damit verantwortlich für die genannten Polizei-Einsätze wie auch für die Finanzierung der NPD aus Steuermitteln. So hat die NPD z.B. für die 1,5 % Wähleranteil bei den niedersächsischen Landtagswahlen 19.000 Euro Wahlkampfkostenerstattung einstreichen können.

Die VVN-BdA ist für das breitmöglichste Aktionsbündnis gegen rechts. Dazu gehören auch die autonomen Antifaschisten, um deren Strategie es wohl in dem Artikel geht. Das kann aber nicht heißen, dass wir im BAF deren Vorgehen in Demonstrationen ausführlich beschreiben, quasi hochloben müssen. Hier geht es m.E. um die Strategie für eine straff organisierte Truppe. Für die Masse der Demonstranten, wie sie z.B. in Bremen im November 2006 dabei waren, ist sie nicht nachvollziehbar. Wir sollten unser Schwergewicht im antifaschistischen Kampf weiter auf die Erzeugung von politischem Druck auf die Schäubles, Kochs und Konsorten richten. Sie tragen mit ihrer Politik der Einschränkung demokratischer Rechte und der Tolerierung der Neonazis die Hauptverantwortung für die Rechtsentwicklung. Wir sollten unsere Kräfte konzentrieren auf die aktive Mitarbeit in breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnissen und solche massenwirksamen Initiativen wie unsere no·npd-Kampagne.

Herbert Breidbach

Ohne mich

50 Jahre nach Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands hat die "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges" in Essen eine Doppel-CD herausgegeben, auf der in Originalmusik und -ton eines Skandals gedacht wird, der die Geschichte der Republik seit Anfang der 50er Jahren durchzieht. Zur Geisterstunde beschworen Abgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen anlässlich der Beratung eines Antrags der LINKEN am 24.05.2006 den Unrechtscharakter der DDR. Der Antrag von Jan Corte zielte jedoch auf Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in der BRD. Verhaftet und verurteilt wurden in den Jahren der Regierungen unter Adenauer Abertausende ...

Weiter geht es auf Seite 4

Gräben verkleinern

Nicht späte Revolutionsromantik bewegte zahlreiche Bremerinnen und Bremer, sich am 03. Februar zum Gedenken an die Verteidiger der Bremer Räterepublik zu sammeln. Fahnen und Transparente zeigten ein breitgefächertes Interesse unterschiedlicher Traditionen der Linken. Die Erinnerung wach zu halten kann als Schritt zu einem Dialog über Möglichkeiten der Veränderung unserer Gesellschaft gesehen werden. Seit 20 Jahren koordiniert die VVN-BdA die Gedenkveranstaltung an dem 1972 von Senat, DGB, Ausschuss der Februarkämpfer und VVN neu errichteten Denkmal. Konrad Kunick setzt sich nicht erst nach seinem Ausscheiden aus Senat und Bundestag gegen jedweden Militäreinsatz ein. Als Arbeitssenator machte er sich dafür stark, die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus und die Leiden der Zwangsarbeiter auch in Bremen wach zu halten. Vor dem Rätedenkmal erinnerte er an die tiefen Gräben, die es den revolutionären Arbeitern verunmöglichten zur Weimarer Republik und ihren Repräsentanten ein unbelastetes Verhältnis aufzubauen. Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren Ergebnis einer verhängnisvollen Verbindung der Führung der Mehrheitssozialdemokratie mit den Spitzen des Militärs. Die wurden noch 1923 gegen die demokratisch gewählten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen eingesetzt. Die Führer der Freikorps gehörten zum Rückgrat der Machtübertragung an den Faschismus. Im Machtapparat des Nazi-Regimes nahmen sie später wichtige Stellungen ein. (Zu erinnern wäre an Major Caspari, dem bereits 1926 die Leitung der Sicherheitspolizei übertragen wurde und der am Vorabend der Reichstagswahl im März 1933 den Aufmarsch von SA und Stahlhelm vor dem Rathaus zuließ.) Die Spaltung der Arbeiterbewegung zu Beginn des ersten Weltkriegs hatte letztlich eine gemeinsame Abwehr gegen den deutschen Faschismus verhindert. Die Machtübertragung an Hitler vor 75 Jahren konnte nur gegen eine gespaltene Arbeiterbewegung durchgesetzt werden. Kunick erinnerte an die Befreiung der Häftlinge aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern durch den militärischen Sieg der Roten Armee, ohne die Befreiung von Bergen-Belsen und Dachau durch angloamerikanische Truppen in ihrer Bedeutung abzumildern. Nach der Befreiung vom Faschismus vertiefte sich die Spaltung durch ihre jeweilige Anlehnung an unterschiedliche Wirtschaftsmodelle und unterschiedliche Formen staatlicher Organisation. Kunick rief dazu auf, die Gräben zuzuschütten und gab zu bedenken, dass Schwierigkeiten und Probleme in der Entwicklung der Sozialistischen Planwirtschaft sich nicht nur aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion erklären ließen.



Konrad Kunick (r.) bei der Kranzniederlegung

Anke von Solid.org verdeutlichte uns, dass es sich bei dem Gedenken nur auf den ersten Blick um eine vergangene Tradition gehe. Angesichts eines globalen Kapitalismus und verstärkter Auslandseinsätze müsse man wegkommen von der Logik standortbestimmten Wirtschaftsdenkens hin zu autoritätsfreier Selbstentfaltung von Produktion und Organisierung politischen Willens. In der Tradition der Februarkämpfer rief Peter Reichel dazu auf, den Tuffsteintafel mit den Namen der erschossenen Verteidiger der Bremer Räterepublik und die Plakette, die an das 1933 von den Faschisten zerstörte Hötger-Denkmal erinnert, durch Steinmetz Lippert erneuern zu lassen. Er regte eine Geldsammlung an, der ein Finanzierungsantrag über 600 EUR an die Stadtteilbeiräte Walle und Gröpelingen folgen sollen. Der diesjährige Gedenktag wurde nur von drei Personen vorbereitet. Daher trafen sich Interessierte und Vertreter aus den verschiedenen beteiligten Organisationen bereits am 14. Februar abends im Nachbarschaftshaus Ohlenhof zu einer ersten Beratung über den 90. Jahrestag im kommenden Jahr.
Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung entspann sich aus der Lesung Horst von Hassels im Westend eine interessante Diskussion. Für das kommende Jahr wurde angeregt, aus Doris Kachulles Aufzeichnungen zur Person des Liebknecht-Mörders Waldemar Pabst vorzutragen.

Raimund Gaebelein

März 1933

Nach dem Reichstagsbrand wurden in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 führende Funktionäre der KPD aus ganz Bremen verhaftet und in die Ostertorwache gebracht. Am Abend des 01. März 1933 fand in den Zentralhallen eine gut besuchte Wahlversammlung der Eisernen Front statt, der halbmilitärischen Schutzorganisation der Weimarer Koalitionsparteien. Nach der Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Alfred Faust begaben sich die rund 4.000 Zuhörer gegen 22:30 Uhr in Gruppen auf den Heimweg. An der Ecke Gerdstraße/Waller Heerstraße wurden heimkehrende Reichsbannermitglieder von SS-Leuten in Zivil und Uniform angepöbelt. Vergeblich versuchten sie auszuweichen, ihnen wurde der Weg verstellt. Aus dem Haus des Fahrradhändlers Otto Löblich an der Ecke Gerdstraße und der schräg gegenüberliegenden Gastwirtschaft Holtmann stürmten zwölf SS-Leute und gaben 16 Schüsse auf die flüchtenden Reichsbannermitglieder ab. Johann Lücke erhielt einen Bauchschuss und verstarb noch in der Nacht. Zwei weitere Reichsbannermitglieder wurden an Kopf und Oberschenkel getroffen. Die Beerdigung von Johann Lücke auf dem Waller Friedhof wurde zur letzten großen Kundgebung der Arbeiterbewegung in Bremen, an der 40.000 Menschen teilnahmen. Erst 15 Jahre später wurde Otto löblich verurteilt und bereits nach vier Jahren 1952 entlassen. Am 06. März 1933 traten die drei SPD-Mitglieder aus dem Bremer Senat zurück, auf dem Rathaus wurde die Hakenkreuzflagge gehisst, ein Reichskommissar eingesetzt. Am 10. März löste sich die Bremische Bürgerschaft auf, um den Weg zu Neuwahlen freizumachen. Vehement sprach sich Hermann Prüser (KPD) als jüngster Abgeordneter gegen die Selbstauflösung aus: *"Wenn heute die Bürgerschaftssitzung tagt, so tagt die Bürgerschaftssitzung in einer Situation, in der in Deutschland der weiße Terror aufgerichtet ist, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter von SS und SA viehisch gemordet werden ... In dieser entscheidenden Situation stellen wir fest, dass die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion heute den Staatsstreich der Reichsregierung dadurch deckt, dass sie ihre Zustimmung zur Auflösung des bremischen Parlaments gibt ... In Bremen ist ein Reichskommissar für die Polizei eingesetzt. In dieser Situation, wo der weiße Terror regiert, erkläre ich von unserem Standpunkt als Kommunisten, ...*

weiter geht es auf Seite 4

Ohne mich

.... von Menschen wegen ihres Einsatzes gegen die Wiederaufrüstung und Spaltung unseres Landes, für einen Friedensvertrag. Es genügte freundschaftliche Kontakte zu Kleingärtnern in der DDR pflegen oder Kinderfreizeiten zu organisieren, um in den Geruch staatsfeindlicher Tätigkeit zu geraten. Die Hälfte der Doppel-CD besteht aus Original-Musikstücken, Liedern und Tondokumenten. Sie spiegeln den Geist der antimilitaristischen Massenbewegung der 50er und 60er Jahre wider. Als Kennmelodie wird der Titel der Solidaritätsaktion des Deutschlandsenders der DDR gespielt. Redeausschnitte der kommunistischen Bundestagsabgeordneten Fritz Rische, Heinz Renner und Grete Thiele, unseres Kameraden Jupp Angenfort und des Verteidigers und späteren Nordrhein-Westfälischen Justizministers Dieter Posser bezeugen die zunehmende Verstärkung der Verfolgung. Mit Entlassungen von Militarisierungsgegnern aus dem Öffentlichen Dienst, wie des Ministerialdirektors Marcel Fränkel, einem Vizepräsidenten der VVN, erfolgt mit dem Adenauer-Erlass das Verbot von elf Organisationen, darunter auch der FDJ.

Verhaftungen erfolgen bereits vor dem Verbot der KPD. Es folgt ein Strafrechtsänderungsgesetz, um unliebsame Massenaktionen ahnden zu können, wie Teilnahme an den Weltjugendfestspielen, Ohne-Mich-Aktionen wie die Friedenskarawane in Essen, bei der 1952 Philipp Müller hinterrücks von der Polizei erschossen wird, wie die Besetzung von Helgoland oder Zumauern von Sprengkammern in der Loreley. Das Gesinnungsstrafrecht traf Menschen jeden Alters oder Überzeugung, den früheren Reichskanzler Wirth ebenso wie Martin Niemöller oder Clara Fassbinder. Mit den absurdesten Konstruktionen wurden in der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden 1953 Kommunisten aus den Vorständen geworfen und ausgeschlossen. Sieben Jahre lang führte der Demokratische Frauenbund Kinderfreizeiten in der SBZ/DDR durch, Sonderzüge wurden von der Bahn gestellt, bis die Organisatorinnen plötzlich vor Gericht gestellt wurden. VVN, Deutsche Friedensunion und Ostermarschbewegung wurden nach Polizeiverordnungen von 1938 in ihrer Arbeit behindert. Mit den Berufsverboten wurde die Adenauerpraxis unter der sich abzeichnenden Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre wiederbelebt. Auch 50 Jahre später ist weder Rehabilitierung noch Entschädigung für die Opfer der Wiederaufrüstung in Sicht.

Das hörenswerte Tondokument ist als Soli-Doppel-CD für 7,50 EUR bei der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen, erhältlich (SEB-Bank Essen, Ktonr. 1006 444 401 - BLZ 360 101 11 Karl Stiffel "Rehabilitierung"), Tel: (0201) 225147

März 1933

.... als klassenbewusste Arbeiter, dass wir der Auflösung der Bremischen Bürgerschaft unsere Zustimmung nicht geben ... nicht aus dem Grunde, weil wir diesem Parlament unsere Zustimmung geben, nicht, weil wir den alten Koalitionssenat unterstützen, sondern wir betrachten unsere Nichtzustimmung als eine Handlung, die sich richtet gegen den Staatskommissar und gegen den faschistischen Staatsstreich. Und wir wissen, dass die Entscheidung nicht fallen wird bei den Parlamentswahlen, sondern die Entscheidung wird fallen in den außerparlamentarischen Aktionen. Und die Kommunistische Partei wird nach wie vor die Arbeiterklasse unter dem Banner der roten Einheitsfront zusammenschmieden und mit ihr kämpfen trotz Faschismus, trotz Polizeiterror, trotz Tod und Tränen und wird marschieren mit Rosa Luxemburg, mit Karl Liebknecht... und Ihr werdet uns nicht vernichten!" Der 30jährige Maschinenbauer entging nur knapp der Verhaftung. Ein Vierteljahr später wurde er ins KZ Mißler eingesperrt und später auf den Lloydkahn Ochtumsand. Mitte bis Ende 1935 wurde noch einmal inhaftiert. Danach konnte er die illegale Tätigkeit auf der AG Weser organisieren, wurde nach der Befreiung vom Faschismus acht Jahre Betriebsratsmitglied, 1953 kurzzeitig Vorsitzender des Betriebsrats.

Raimund Gaebelein

Ostermarsch 2008

Samstag, 22.03., um 11:00 Uhr

"Für Frieden und Gerechtigkeit"

Um 11:00 Uhr beginnt der diesjährige Ostermarsch am Ziegenmarkt. **Ab 12:00 Uhr** findet die Abschlusskundgebung auf dem Bremer Marktplatz statt. Es wird der Paderborner Theologe und Psychotherapeut **Eugen Drewermann** die Hauptrede halten. Ihm wurde 1991 die kirchlichen Lehrerlaubnis entzogen und ein Predigtverbot auferlegt.

Veranstalter: Bremer Friedensforum, DFG-VK und weitere Organisationen

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind Am Speicher XI/9, 28217 Bremen, erreichbar.
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Re-daktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ______________

Straße ______________

PLZ, Ort ______________

Bremen, den ______________